

GENTECHNIK

Niemand will's versichern



Da geht der Gentomate die Luft aus ... (Foto: Friends of the Earth, GMO Monster Tomato Tour)

Nun ist er da, der Vorschlag für ein Gesetz zur Koexistenz von Gentech- und gentechfreier Landwirtschaft in Luxemburg. Zu lasch, sagen Greenpeace und Biobauern - ganz ordentlich, dagegen die Grünen.

"Der Teufel liegt im Detail", verkündet Camille Gira, Abgeordneter von Déi Gréng und zuständig für das Dossier Gentechnik. So lange das ergänzende Règlement grand-ducal nicht vorliegt, sei es schwer, ein fundiertes Urteil abzugeben. Im Allgemeinen ist der Grüne jedoch zufrieden mit dem Projet de loi, das in Luxemburg den Handel mit Saat- und Pflanzgut sowie die Aussaat und den Anbau von genetisch modifizierten Samen oder Pflanzen regeln soll. Ein Gesetz, das vor allem die Frage der Koexistenz klären soll: Wie können eine Landwirtschaft, die sich genetisch modifizierter Organismen (GMO) bedient und eine solche, die darauf verzichten will, nebeneinander existieren?

Gar nicht, hatte Gesundheitsminister Mars di Bartolomeo vor Kurzem im woxx-Gespräch gesagt und ein solches Gesetz als nahezu überflüssig bezeichnet (siehe woxx Nr. 765). In Luxemburg sei die Landschaft so klein strukturiert, dass Koexistenz praktisch unmöglich werde. Dieser etwas blauäugigen Newcomer-Aussage stellt der altgediente Landwirtschaftsminister Fernand Boden nun einen Gesetzesvorschlag gegenüber, auf dessen Notwendigkeit Gentech-KritikerInnen schon lange gepocht haben.

Denn nachdem im vergangenen Jahr das Gesetz zur Freisetzung von GMO in Kraft trat, klaffte hierzulande immer noch eine, wie KritikerInnen meinen, "gefährliche Gesetzeslücke": Die neue Regelung betrifft nur den Anbau von genmanipulierten Pflanzen, die bislang in der EU nicht zugelassen sind. Sorten, die bereits den Brüsseler Saatenstempel haben, dürfen jedoch theoretisch auch in Luxemburg angebaut werden.

Welche Bedingungen ein Anbau mit GMO einhalten muss, wird nun im neuen Gesetz festgeschrieben. Kapitel 3 des Projet de loi widmet sich in vier kurzen Artikeln der Frage der Koexistenz,

für die, wie es im Exposé des motifs heißt, nur die allgemeinen Bedingungen definiert werden. Inhaltliche Details und praktische Anwendung werden in einem Règlement grand-ducal nachgereicht. Hier und nicht im Gesetzestext werden dann auch die entscheidenden Richtlinien definiert: Wo dürfen GMO-Saaten ausgebracht werden? Wieviel Abstand muss eine solche Kultur zum Nachbar-Feld halten? Sind bestimmte Gentech-Pflanzenarten wie etwa der Raps wegen seines kilometerweiten Pollenfluges generell verboten? Darf in der Nähe von Naturschutzgebieten auch genetisch manipuliertes Pflanzgut ausgebracht werden? Für die beiden letztgenannten Fälle etwa wurde im knappen Gesetzestext lediglich die Formulierung "Un règlement grand-ducal peut interdire..." gewählt. Entscheidend wird also sein, was im bislang unveröffentlichten Règlement tatsächlich stehen wird.

Katze im Sack

Dennoch stellt sich schon jetzt die Frage: Wieso bleibt das Gesetz so vage? Die Stoßrichtung sei richtig, die Gesetzesvorlage zeige, dass Boden "seine Hausaufgabe gemacht hat", so Camille Gira. Als konsequent und "restriktiv" bezeichnet sie auch Marc Weyland, Leiter der Abteilung Pflanzenbau in der Administration des Services Techniques de l'Agriculture (Asta). Man habe ein höchstmögliches Maß an Vorsicht angesetzt und sich stets vom Vorsorgeprinzip leiten lassen.

Eben dieser Grundsatz wird jedoch bei anderen vermisst. "Im Vergleich zu dem, was in der Regierungserklärung angekündigt wird, ist dieses Gesetz eher schwach", sagt beispielsweise Raymond Aendekerk von "biolabel". Der Wille, dass Luxemburgs Landwirtschaft möglichst gentechfrei bleiben soll, dringe keineswegs durch. Aendekerk befürchtet, dass die Frage der Koexistenz durch juristische Streit-

reien geregelt werden könnte. "Da haben es sich die Autoren leicht gemacht", findet Martina Holbach von Greenpeace. In dieser Form sei der Gesetzestext nichts anderes als eine "Katze im Sack", er lasse viel zu viel Spielraum. "Ich hatte erwartet, dass die Regierung, die sich gerne Gentech-kritisch gibt, hier etwas forscher auftritt", so Holbach.

Unklar sei auch Artikel 13, der Gentech-Landwirten den Abschluss einer Versicherung vorschreibt. Entsteht einem Nachbar-Landwirt durch Kontamination seiner Kultur ein ökonomischer Schaden, muss die Versicherung aufkommen. "Es wird nicht klar, welche Art von Haftung das sein soll", beklagen Aendekerk und Holbach. Muss ein Bauer nur dann haften, wenn er sich nicht an die Vorschriften, etwa die Mindestabstände gehalten hat? Oder muss er auch für den Schaden aufkommen, wenn er gesetzestreu gewirtschaftet hat?

Eine Frage, die sich in der Praxis möglicherweise gar nicht stellen wird. Denn bislang ist in Luxemburg kein Versicherungsunternehmen bereit, eine solche Haftpflicht zu übernehmen. Das bestätigt auch der conseiller juridique der Luxemburger Association des compagnies d'assurance (ACA). "Wir können so etwas nicht versichern, da spielen unsere Rückversicherer nicht mit", so Paul Hammelmann. Zu schwer sei es, das entsprechende Risiko einzuschätzen.

Somit könnte der Haftungsparagraf zum Ausschlusskriterium für Gentech-Landwirtschaft in Luxemburg werden. Es sei denn, ein entschlossener Landwirt schafft es, die verlangte Versicherungspolice im Ausland abzuschließen. Theoretisch möglich, meint Paul Hammelmann, dem stünden jedoch einige verwaltungstechnische Hürden im Weg.

Greenpeace und Biobauern hoffen nun darauf, dass das Projet de loi in den nächsten Monaten noch nachgebessert wird. Auch die Forderung, ganz Luxemburg zur "gentechfreien Zone" zu erklären, wollen sie nicht fallen lassen. "Das ist mit dieser EU-Kommission nicht zu machen", sagt hingegen Camille Gira. Der grüne Abgeordnete hofft dennoch auf ein de-facto-genfreies Luxemburg: "Wenn wir alle Habitat-Zonen, den Wald und die biologisch bebauten Flächen nehmen und darum eine Pufferzone einrichten, dann dürfte kaum mehr etwas übrig bleiben." Tatsächlich lässt auch Brüssel einen gewissen Spielraum zu. In den am 23. Juli 2003 veröffentlichten Empfehlungen für Koexistenz werden regionale Maßnahmen in Betracht gezogen "für den Fall, dass ein ausreichendes Maß an Reinheit nicht durch andere Mittel erreicht werden kann". Das kleine Großherzogtum könnte hier durchaus als "Region" gelten.

Danièle Weber

NGOs solidarisch mit Betroffenen

Ein Bündnis von NGOs hat zur Problematik um die Sicherheit im Bahnhofsviertel der Hauptstadt gemeinsam Stellung bezogen. Insgesamt elf Unterzeichner-Organisationen - unter anderem Asti, Caritas, Rotes Kreuz und Drogen- und ObdachlosenhelferInnen - nehmen in einem Pressecommuniqué Bezug auf das von der Gemeinde am 25. Oktober veranstaltete Hearing. So fordern sie "la mise à disposition de 'logements encadrés/accompagnés' que ce soit pour des jeunes de moins de 20 ans ayant quitté le domicile de leurs parents, des personnes sortant de prison, de clinique, de thérapie ou de structures d'accueil d'urgence".

Für Drogenabhängige sollte die längst geplante Fixerstube eingerichtet und eine kontrollierte Abgabe von Heroin eingeführt werden. In den Foyers für AsylbewerberInnen tue zudem eine bessere Betreuung not. Darüber hinaus sollen, so die Unterzeichner der Initiative, die Prostituiertenanlaufstelle "DropIn" jeden Tag geöffnet sein. Nicht zuletzt verlangen die NGOs ein Rundtischgespräch, an dem neben den Hilfsorganisationen und Stadtverantwortlichen auch VertreterInnen der Polizei und die Betroffenen selbst beteiligt sein sollen. Der Gemeinderat nimmt sich des Themas in einer Debatte am 6. Dezember an.

Zu viel Blei im Blatt

Das Blattgemüse in den Gärten bei den Elektrostahlwerken sei nicht zum Verzehr geeignet, warnte vergangene Woche die Umweltverwaltung. Bei der Auswertung von Sellerie-Proben lag der Bleigehalt über dem zulässigen Höchstwert - in Schifflingen um fast das Vierfache. Das Überwachungsprogramm ist eine Folge der Kontroverse um die von der Arcelor verursachte Luftverschmutzung. Die Bürgerinitiative "Stop Dioxin" und der Mouvement écologique bemängeln, dass die Ergebnisse solcher Analysen erst bekannt werden, wenn das Gemüse längst gegessen ist. In der Tat: Die Sellerie-Proben wurden am 20. September entnommen, die Warnung aber erst am 16. November veröffentlicht. Auch die Schifflinger Gemeinde habe davon erst aus der Presse erfahren, so die KritikerInnen. Die Regierung mache große Worte um Lebensmittelsicherheit und Präventivmedizin. Doch in puncto Luftverschmutzung scheine das nicht zu gelten. "Stop Dioxin" und Mouvement écologique fordern von der Regierung eine bessere Informationspolitik. Vor allem aber solle sie endlich die Arcelor zur Rechenschaft ziehen.

Heimatfront

"Waiting for Kabul", lautet das Motto, unter dem Nazz Nazz am 3. Dezember in Kehlen, statt wie geplant in Afghanistan, auftreten wird. Ein Teil der Einnahmen soll dem Wiederaufbau eines Waisenhauses in Kabul durch die Cimic-Organisation (civil-military cooperation) der deutschen Bundeswehr zugute kommen. Enttäuscht sei die Band, dass sie nicht direkt im Krisengebiet auftreten kann, heißt es vom Tour-Koordinator. Zum Trost schickt die Bundeswehr einige Cimic-Offiziere nach Kehlen, um das Geld einzusammeln.

Leider scheint sich der Tour-Koordinator nur bei der Bundeswehr und nicht bei NGOs über Afghanistan informiert zu haben. Gerade die Vermischung von humanitärer Hilfe und Militärpräsenz wird nämlich scharf kritisiert. Médecins sans frontières macht solche Projekte mitverantwortlich dafür, dass ihre HelferInnen zur Zielscheibe von Übergriffen wurden. Die NGO hat sich deswegen aus Afghanistan und Irak zurückgezogen. Unbelastet von solchen Problemen biedert sich der Tour-Koordinator bei der Presse an: Man habe "seitens Ihres Berufsstandes solch einen Enthusiasmus und solch eine Begeisterung erfahren" wie seit langem nicht mehr. Die woxx dankt mit einem Gegenvorschlag: Dreht doch ein Nazz-Nazz-Konzert-Movie in den Ruinen von Falludja, wie seinerzeit Pink Floyd "Live at Pompeji".